

NEUSTART

**für ein lebenswertes
Innsbruck!**



Wahlprogramm zur
Gemeinderatswahl

14. April 2024

Neustart für Innsbruck

Abfallentsorgung und -verwertung

In dicht besiedelten Räumen fallen vermehrt Abfälle an. Damit diese kein Problem darstellen, müssen einige Rahmenbedingungen erfüllt sein:

- die engmaschige Reinigung von Straßen, Plätzen und städtischem Naturraum
- die regelmäßige Müllabholung bzw. Betreuung von Sammelinseln
- die fachgerechte und finanziell ertragreiche Abfallverwertung bzw. Entsorgung

Derzeit sind die Rahmenbedingungen in Innsbruck diesbezüglich nicht optimal.

>> Unser Weg für den Neustart:

- eine personelle und materielle Aufstockung im Bereich der Straßenreinigung
- eine Verkürzung der Intervalle der Straßenreinigung in neuralgischen Bereichen (Innenstadt, Durchzugsstraßen, Ausgehviertel)
- die volle Wiederherstellung und den Ausbau der Wertstoffsammelinseln sowie deren regelmäßige Betreuung
- die Errichtung einer Anlage für die Entwässerung von Klärschlamm, deren Kapazität für ganz Nord- Tirol ausreichend ist
- die Errichtung einer Anlage zur thermischen Verwertung von Restmüll und Klärschlamm, deren Kapazität für ganz Nord-Tirol ausreichend ist, und die Nutzung dieser Anlage zur Energiegewinnung
- die Errichtung eines zweiten Recycling-Hofes im Westen der Stadt
- Neuorganisation bei der Beseitigung von Kartonagen-Abfällen
- Versorgung der Stadtteile mit je zumindest einem zuständigen Straßenkehrer

Bildung und Kinderbetreuung

Unsere Zukunft liegt in der Hand unserer Kinder. In diesem Sinne muss es vorrangiges Anliegen einer verantwortungsvollen Politik sein, dass „Ja“ zum Kind seitens der einheimischen Bevölkerung zu fördern, insbesondere, was die Leistungsträger betrifft. Viele Kompetenzen in diesem Bereich fallen in den Bereich des Bundes bzw. der Länder. Auch Innsbruck kann dafür einen wichtigen Beitrag leisten.

>> Unser Weg für den Neustart:

- die beste Ausstattung für die städtischen Kindergärten, Horte und jene Schulen, für welche die Stadt der gesetzliche Schulerhalter ist
- das unbedingte, finanziell untermauerte Bekenntnis zu den sonderpädagogischen Einrichtungen, wie auch zur Langform des Gymnasiums

- die Schaffung eigener Einrichtungen zur Betreuung und Beschulung von Minderjährigen mit sozialen Anpassungsproblemen bis zum Ende der Pflichtschule
- einen Anteil von maximal 30% an Kindern bzw. Jugendlichen mit mangelhaften Deutsch- Kenntnissen in allen städtischen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
- die Förderung des frühen Besuchs von Kinderbetreuungseinrichtungen durch Kinder aus Familien mit sozialer Benachteiligung bzw. Familien, in denen wenigstens ein Elternteil der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig ist
- die Förderung junger Familien durch zinsloses Hausstandsgründungsdarlehen

Finanzen

Innsbruck stand finanziell einmal gut da. Mittlerweile sind aber nicht nur nahezu sämtliche Rücklagen aufgebraucht, die Stadt verzeichnet auch eine gigantische Neuverschuldung, welche bis Ende 2024 auf über 190 Millionen anwachsen wird. Allein der 150-Millionen-Euro Kredit (das sind ca. 2 Milliarden Schilling) bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) wird kaum zu stemmen sein und bedarf einer umsichtigen Finanzplanung in der Zukunft, die den nachkommenden Generationen keine Altlasten hinterlässt.

Das geliehene Geld wird zudem nicht für gewinnbringende Veranlagungen bzw. Investitionen verwendet, sondern für Einrichtungen, die sich nie amortisieren werden und nachhaltig laufende Kosten mit sich bringen. Das gilt für das überdimensionierte, ideologisch motivierte Abenteuer „Regionalbahn“ ebenso wie für die Mega-Seilbahn am Patscherkofel und das „Haus der Musik“. Eine solche Politik fährt die Stadt über kurz oder lang finanziell an die Wand.

>> Unser Weg für den Neustart:

- keine Drittmittelaufnahme für konsumative Ausgaben
- eine Überprüfung aller Subventionen auf Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit
- eine Überprüfung aller Aufwendungen für strukturdefizitäre Infrastrukturen
- ein besseres Controlling, eine umfassendere Planung und eine härtere Vertragspolitik gegenüber Unternehmen im Bereich kommunaler Bautätigkeit
- die Überprüfung der städtischen Verwaltung auf sinnvolle Einsparungspotenziale sowie die Bildung von Rücklagen für Notzeiten und sinnvolle Investitionen
- Evaluierung der Abgaben und Tarife (z.B. Hundesteuer)
- Frühzeitige Einbindung des Großprojektebeirates
- Abhandlungen von Großprojekten wie beim Projekt „Coolymp“

Freiheit

Freiheit gilt uns als höchstes Gut! Noch vor wenigen Jahren hatten wir alle geglaubt, dass Grund- und Freiheitsrechte unantastbar wären und dies zum Grundkonsens

aller Parlamentsparteien zählt. Rede-, Meinungs-, Versammlungs-, Pressefreiheit und vieles mehr galten als unverrückbare Pfeiler unserer freiheitlichen Demokratie und Gesellschaft. Die Corona-Krise hat uns allerdings gezeigt, dass Grund- und Freiheitsrechte von den Regierenden relativ einfach ausgehebelt werden können und daher nicht unantastbar sind. Für die FPÖ sind Grund- und Freiheitsrechte jedoch unverhandelbar!

Zur Freiheit der Meinung gehört auch das freie Wort. Studien belegen, dass es immer mehr Menschen in unserem Land nicht mehr wagen, in der Öffentlichkeit frei ihre Meinung zu äußern, da sie Nachteile fürchten. Das ist eine brandgefährliche Entwicklung. Unter dem Deckmantel von Gender und politischer Korrektheit werden die Redefreiheit und in weiterer Folge auch die Meinungsfreiheit sukzessive eingeschränkt. Wir lehnen alle Angriffe auf unsere wunderschöne Sprache sowie Reglementierungen derselben ab und lassen uns keine Worte verbieten und unseren Wortschatz einschränken. Eine freiheitliche Demokratie kann es nur mit offenen und ehrlichen Debatten ohne Denk- und Sprechverbote geben. Unsere Demokratie muss wieder ein echter Wettbewerb der besten Ideen werden.

>> Unser Weg für den Neustart:

- Stärkung und Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte
- Ende der grünen Moral-Geiselhaft
- Selbstverantwortung und Entscheidungsfreiheit in den Mittelpunkt der Politik stellen
- Öffentliche Debatten ohne Einschränkung der Rede- und Meinungsfreiheit
- Demokratie als echter Wettbewerb der besten Ideen
- Keine aktiven Politiker in Aufsichtsräten
- Wahlkampfkostenobergrenze
- Förderung von Medienfreiheit und -unabhängigkeit
- Überwindung des Themendiktats der Medien
- Ende des Kulturmarxismus und der linken Diskurshoheit
- Abschaffung der Gendersprache im Stadtmagistrat

Integration, Zuwanderung und Wohnen

Integration ist eine Bringschuld. Einwanderer, die nach Österreich kommen, stehen in der Verantwortung, sich die deutsche Sprache anzueignen, sich an die Rechtsvorschriften zu halten, die hiesigen Sitten und Gebräuche zu achten und sich kulturell bzw. sozial so weit anzupassen, dass sie keinen Anlass zur Beanstandung durch ihre Mitmenschen bieten. Diese Integration ist auf allen Ebenen einzufordern, auch Gemeinden sind nicht machtlos, wenn es gilt, falsche Anreize zu vermeiden und unerwünschten Zuzug zu unterbinden.

Asylwerber und illegale Einwanderer sind nicht zu integrieren. Erstere sind, wenn eine persönliche und unmittelbare Verfolgung vorliegt und sie nicht zuvor bereits den Boden eines sicheren Drittstaates betreten haben, auf Zeit unterzubringen und nach Wegfall des Fluchtgrundes sofort wieder in ihre Heimat zu verbringen. Letztere sind, wie auch abgelehnte Asylwerber, sofort abzuschicken.

>> Unser Weg für den Neustart:

- die Bindung der städtischen Wohnungsvergabe an ausreichende Deutsch-Kenntnisse
- die strikte Unterbindung störender Gebräuche in städtischen Wohnanlagen
- dass öffentliche Einrichtungen wie Spiel- oder Grillplätze nicht durch geschlossene größere Gruppen vereinnahmt werden
- die Streichung von Subventionen für Einrichtungen, die einer Anpassung von Zuwanderern im Weg stehen oder eine solche geradezu vereiteln
- Erhöhte Sprachförderung in Bildungseinrichtungen
- die Errichtung von Asylwerbereinrichtungen in Wohngebieten nur nach bindender Befragung der Bevölkerung
- Vermeidung einer Ghettoisierung von Stadtteilen und größeren städtischen Wohnanlagen
- die strikte Unterbindung von illegaler Einwanderung und die klare Trennung von Asylwesen und Migration
- Keine städtische Wohnungsvergabe an Drittstaatsangehörige
- Beibehaltung der Mittelstandsliste bzw. besondere Bedachtnahme auf den Mittelstand
- Rückführung straffälliger Migranten
- Zusätzliche Wohnungsvergabepattform (auch online)
- Sachleistungen statt Geldzahlungen für Asylanten
- Fachkräftemigration statt Sozialtourismus
- Unterstützung zur Schaffung von Eigentum für Innsbrucker

Kultur

Innsbruck ist eine Stadt mit langer und hochwertiger kultureller Tradition, man denke etwa an das erste Opernhaus nördlich der Alpen und die Hofkapelle Kaiser Maximilians, das Brenner-Archiv, das Rundgemälde, das Goldene Dachl oder sakrale Schätze.

Die Stadt steht daher vor allem in der Verantwortung, das historische Kulturgut zu erhalten sowie die allgemeine Zugänglichkeit sicherzustellen. Darüber hinaus kann es jedoch auch - im Rahmen eines verantwortungsvollen Umgangs mit öffentlichen Geldern - Zuwendungen für der Allgemeinheit dienende und sie bereichernde kulturelle Äußerungen geben.

>> Unser Weg für den Neustart:

- mehr Unterstützung für Kulturvereine, die eine strukturierte und konstruktive Jugendarbeit betreiben und die Landestradiation hochhalten
- mehr Mittel für Stadterneuerung/-verschönerung und den Erhalt von Baudenkmälern
- die Zurverfügungstellung von Infrastrukturen für Schauspiel- und Musikgruppen bzw. -vereine und von Ausstellungsräumen für lebende Innsbrucker Maler und Bildhauer

- die Fokussierung direkter finanzieller Zuwendungen für Literatur, Bildhauerei und Malerei auf den Erhalt bzw. Ankauf von Sammlungen
- eine zeitlich begrenzte Nachwuchs-Förderung und Jubiläumszuwendungen für renommierte Künstler
- die Beibehaltung der Förderung anerkannter Musik- und Theaterfestivals
- die Streichung jeglicher Unterstützung für Personen und Institutionen, welche die Republik Österreich, ihre Länder und Gemeinden oder die christlichen und jüdischen Glaubensgemeinschaften verhöhnen oder Heimatliebe verunglimpfen
- die Reduktion der Abgangsdeckung betreffend institutionalisierte Einrichtungen der Hochkultur und deren Restrukturierung auf einer wirtschaftlich vertretbaren Ebene

Natur und Grünraum

Der Erhalt des Naturraums ist in einer Stadt mit hoher Baudichte und starkem Verkehrsaufkommen besonders wichtig. Natur bedeutet aber nicht nur „grüne Lunge“ und Erholungsraum für Mensch und Tier, sondern auch Erhalt und Förderung der Artenvielfalt und Betrieb einer nachhaltigen Jagd und Forstwirtschaft.

>> Unser Weg für den Neustart:

- die durchgängige Gewährleistung von Sauberkeit und Sicherheit in städtischen Parks
- verstärkte Anstrengungen gegen die Vermüllung im freien Naturraum
- die Förderung wissenschaftlicher Forschung und Dokumentation betreffend die städtischen Grün- und Naturräume
- den Erhalt der bestehenden großen Grünzonen im bebauten Gebiet
- Erweiterung von Grünzonen im bebauten Gebiet
- Mehr Grün statt Grau am Landhausplatz und Martin-Luther-Platz
- die Sicherung des Waldbestandes im Einklang mit einer ertragreichen Waldwirtschaft sowie eine harmonische Zusammenarbeit mit den Wald-Nutzungsberechtigten
- vermehrte Anstrengungen zum Schutz des Wildes, besonders auf der Nordkette
- die Förderung der Innsbrucker Jägerschaft
- die Gewährleistung einer vernünftigen Almwirtschaft, bei der Viehhaltung und Gastronomie in einem vernünftigen Verhältnis zueinanderstehen und Almhütten nach Dimension und Erscheinungsbild als solche zu erkennen sind
- Errichtung von Hundewiesen in allen Stadtteilen
- Sanierung von städtischen Parks (z.B. Kaiser-Schützen-Platz)

Sicherheit

Sicherheit ist ein zentrales Thema und die Voraussetzung für Gemeinschaftsbildung, ein funktionierendes öffentliches soziales Leben und eine funktionierende Wirtschaft.

Die Sicherheitslage in Innsbruck war schon besser, wenn auch uns Probleme, wie sie in vielen anderen europäischen Städten bereits vorhanden sind, noch unbekannt sind. Eine aggressive Drogenszene, illegale Prostitution, organisierte Bettlerbanden oder auch sexuelle Übergriffe durch Drittstaatsangehörige bei Großveranstaltungen oder Terroranschläge zeigen aber einen dringenden Handlungsbedarf!

>> Unser Weg für den Neustart:

- Mehr Zusammenarbeit mit der Polizei, vor allem durch mehr Präsenz gut ausgerüsteter Fußstreifen, einen klaren Schwerpunkt der Polizeiarbeit auf Verbrechens- Extremismusbekämpfung (z.B. Linksextremismus, islamistischer Extremismus), mehr Wachzimmer über das Stadtgebiet verteilt.
- Verhandlungen über eine Verfassungsänderung, welche die Umwandlung der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) in eine vollwertige Stadtpolizei ermöglicht
- effektives Vorgehen gegen Missstände im öffentlichen Raum, insbesondere durch Ausweitung von Verbotszonen, Alkoholverboten und eine restriktive Bettelverordnung - entschlossener Kampf gegen organisierten Drogenhandel und Bettel-Mafia sowie Bandenkriminalität!
- einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Vandalismus im öffentlichen Raum insbesondere der Sprayerszene
- effektive Maßnahmen gegen illegale Prostitution und die Ausbeutung von Prostituierten
- hartes Vorgehen gegen organisiertes illegales Campieren
- Errichtung von Terrorschutzanlagen an neuralgischen Punkten
- Umfassende Sicherheitskonzepte bei Großveranstaltungen (z.B. Silvesterfeiern usw.)
- Einführung von Verwaltungsstrafen für Klimakleber (Resolutionen)

Soziales, Familien und Senioren

Innsbruck soll für alle Bürgerinnen und Bürger lebenswert sein und besonders eine familienfreundliche Stadt werden. Dabei gilt es insbesondere, die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung oder chronischer schwerer Krankheit, hilfsbedürftigen alten Menschen und Minderjährigen nicht aus den Augen zu verlieren.

Zahlreiche Aufgaben in diesem Bereich sind durch Landes- oder Bundesrecht geregelt. Hier ist darauf zu achten, dass Innsbruck keine überhöhten Kostenpflichten treffen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen muss es sein, Sozialmissbrauch zu bekämpfen und dafür zu sorgen, dass erwerbsfähige Menschen sich grundsätzlich selbst erhalten.

>> Unser Weg für den Neustart:

- bessere Therapie-, Freizeit- und Förderangebote in städtischen Pflegeeinrichtungen sowie die Schaffung einer eigenen Einrichtung für jüngere Pflegebedürftige
- den Ausbau der ambulanten Pflege/Betreuung
- Überprüfung der im Eigentum der Stadt bzw. der IG stehenden Gebäude auf Barrierefreiheit und rasche Umsetzung allfällig nötiger baulicher Maßnahmen
- die entgeltliche Zurverfügungstellung barrierefreier Übergangswohnungen bei plötzlichem unfall- oder krankheitsbedingtem Mobilitätsverlust
- die allgemeine Förderung des nachträglichen Lift-Einbaus für alle Bürger der Stadt
- die Erhöhung der Mittel für die Jugendwohlfahrt
- die Adaptierung der städtischen Spielplätze und die Gewährleistung der durchgängigen Nutzbarkeit derselben durch die Kinder
- Installation von barrierefreien Spielgeräten
- freien Eintritt für sozial bedürftige Senioren über 75 und Kinder unter 10 Jahren Lebensalter für alle städtischen Sport- und Kultureinrichtungen
- die Begünstigung des Wohnungseigentumserwerbs als wirksamste Form sozialer Unterstützung
- die Sicherstellung, dass die städtischen Obdachloseneinrichtungen auch wirklich den einheimischen Obdachlosen zur Verfügung stehen und die Schaffung einer eigenen Einrichtung für jüngere Obdachlose mit besonderem Rehabilitationsschwerpunkt
- Verhandlungen mit Land Tirol bezüglich der Errichtung von weiteren Obdachloseneinrichtungen im Ober- und Unterland zur Entlastung der Stadt Innsbruck
- Obdachloseneinrichtung für Frauen mit oder ohne Kinder nach dem Housing First Prinzip (z.B. Neunerhaus)
- Leistbare Wohnungen für jene Working Poor, die sonst nur in Notschlafstellen Unterschlupf finden
- Mehr Engagement im Bereich der Prävention von Suchterkrankungen
- Neuverhandlungen mit dem Land Tirol hinsichtlich der Lastenverteilung im Bereich der Mindestsicherung mit dem Ziel der deutlichen Senkung der 35%-Quote
- Maßnahmen in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden zur Beseitigung von sonstigen unbotmäßigen Kostentragungspflichten durch Bundes- und Landesrecht. Es kann nicht sein, dass andere bestimmen und die Gemeinden zahlen müssen!
- Beseitigung jeglicher Anreize des Zuzugs sozial Bedürftiger nach Innsbruck, insbesondere durch eine deutliche Erhöhung der Anwartschaft auf Mietzinsbeihilfe und die Streichung von rechtlich nicht zwingenden Transferleistungen
- die Sicherung des nachhaltigen Bestands der ISD GmbH durch eine Restrukturierung im Sinne einer dauerhaften Überführung in die betriebswirtschaftliche Gewinnzone
- Einrichtung einer städtischen Volksküche (z.B. wie in Klagenfurt)

Sport

Vernünftig betriebener Sport ist gesund für Körper und Geist. Vor allem der Breitensport muss daher ein politisches Anliegen sein, aber auch im Bereich des Leistungssportes kann die öffentliche Hand - im Rahmen eines sorgsamsten Umgangs mit öffentlichen Geldern - sinnvoll wirken, etwa durch Nachwuchsförderung und Bereitstellung von Infrastruktur.

>> Unser Weg für den Neustart:

- den Erhalt der bestehenden Infrastruktur im Bereich des Breitensports und die Sicherstellung einer durchgängigen Nutzbarkeit derselben
- die vermehrte Förderung von Veranstaltungen des Breitensports
- die räumliche Trennung von Trainingsinfrastrukturen für Leistungssportler von jenen für die Allgemeinheit, um Nutzungskonflikte zu vermeiden
- Einrichtung eines spezialisierten Ganzjahres-Tauch- und Schwimmsportbades für die Allgemeinheit als Ergänzung zu den Familienbädern O-Dorf und Pradl
- Strengere Kontrollen vor finanziellen Zuwendungen an Profi-Sportvereine und Berufssportler
- vorzeitige Sanierung von Sporthallen (z.B. Leitgebhalle)
- Etablierung eines eigenen Stadtsportpasses für Innsbrucker Familien

Stadtplanung und Bauen

Die Verschandelung der Stadt schreitet immer weiter voran - Tabus gibt es dabei kaum: Ob dies den Abriss alter Bauernhäuser in den vormaligen Kernen der eingemeindeten Dörfer, die Vernichtung großer Teile der stadtbildprägenden Süd-Tiroler-Siedlungen oder die Zerstörung schöner Ensembles im Innenstadtbereich betrifft. Das Bewusstsein für Geschichte, Kultur und Ästhetik fehlt leider im Baubereich vielfach.

Daneben gibt es eine Reihe weiterer Missstände, allem voran die Ungleichbehandlung von Bauherren. Es muss allen Bauwerbern möglich sein, ihre Projekte in Abstimmung mit den zuständigen Gremien innerhalb eines Jahres abzuschließen.

Zudem muss es Grundeigentümern möglich sein, ihre Liegenschaften frei zu verbauen bzw. zu verwerten, soweit dadurch nicht schädigende Immissionen ausgehen oder Interessen des Denkmal- oder Ortsbildschutzes bzw. des Katastrophenschutzes berührt werden. Innsbruck ist dicht genug besiedelt, weiterer Zuzug ist tunlichst zu unterbinden.

>> Unser Weg für den Neustart:

- Aufstockungen historischer Gebäude nur unter Beibehaltung der ursprünglichen Form und einer Fortsetzung der Fassade des Bestands
- Erhalt und Sanierung der Süd-Tiroler-Siedlungen bzw. des Eichhofs

- maßvolle Anwendung des SOG und Erweiterung bzw. Neubildung von Schutzzonen
- Verstärkung der Kooperation mit dem Bundesdenkmalamt
- Weitestgehende Verhinderung von Zuzug sozial Schwacher und damit Verhinderung der Bildung sozialer Brennpunkte (Sillhöfe, Campagnereiterareal) sowie hausgemachten Drucks zur baulichen Verdichtung („Verdichtungsfall“)
- Im Bereich bestimmter Gebiete gleiches Recht für alle, was Baumassendichten, Höhenbestimmungen etc. betrifft.
- Flächenwidmungspolitik im Interesse der Eigentümer, vor allem für den Eigenbedarf
- mehr Eigentums- statt Mietwohnungen dort, wo die Stadt dies beeinflussen kann
- Schnellere Abwicklung von Bauverfahren, sodass eine Bescheiderlassung innerhalb von höchstens 1-2 Jahren ergeht – Verfahrensdauern von 3-5 Jahren müssen in einer Stadt wie Innsbruck der Vergangenheit angehören
- Anpassung des ÖROKO 2.0 an die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung

Teuerung

Die Teuerung trifft die Bevölkerung in Österreich, Tirol und Innsbruck hart. Immer mehr Haushalte kommen mit ihrem Einkommen nicht mehr aus und müssen an allen Ecken und Enden sparen. Sogar im Bereich des Wohnens ist Sparen angesagt. Steigen die Betriebs- und Energiekosten ins Unermessliche. Für viele Bewohner ist aufgrund der enormen Preissteigerungen Wohnen und Leben zu einem kaum noch finanzierbaren Luxusgut geworden.

Dieser Entwicklung muss auch die Kommune entgegentreten und Maßnahmen setzen, welche die Menschen direkt entlastet.

>> Unser Weg für den Neustart:

- Sofortige Senkung der Energiekosten insbesondere durch die IKB - Innsbrucker Kommunalbetriebe
- Einführung eines echten Sozialtarifs bei der IKB
- Mietpreisdeckel für städtische Wohnungen
- Automatische Anpassung von Sozialleistungen an die Inflation
- Ausbau des Versorgungsnetzes von Sozialmärkten und Kooperation mit der Landwirtschaftskammer
- Anpassung des städtischen Heizkostenzuschusses
- Bekenntnis zur Abschaffung der CO2-Steuer
- Bekenntnis zur Beendigung von wirtschaftsschädlichen Sanktionen (Inflationstreiber)
- Aussetzen der Gebührenerhöhungen im Zuge des städtischen Budgets bzw. Haushalts

Verkehr

Verkehr bringt Belastungen mit sich, Verkehr ist aber auch Leben. Ohne Verkehr gibt es weder Tourismus noch nennenswerten Handel oder überhaupt eine nennenswerte arbeitsteilige Wirtschaft. Bedauerlicherweise ist die Verkehrspolitik in Innsbruck in den vergangenen Jahren zunehmend zum Knecht ideologischer Verirrungen geworden, was sich vor allem in einer umfassenden Behinderung des motorisierten Individualverkehrs ausdrückt. Davon halten wir nichts: Viele Menschen sind auf ihren PKW schlichtweg angewiesen, vor allem Pendler (von welchen die Stadt aber - als Arbeitskräfte und als Konsumenten - gut lebt). Gerade bei größeren Einkäufen wollen zudem Menschen nicht unnötige Erschwernisse auf sich nehmen. Und auch Besucher (die dann in der Gastronomie konsumieren oder Eintritte für Kultur-bzw. Sportveranstaltungen zahlen, etc.) bevorzugen häufig das eigene Fahrzeug. Wo bliebe die Stadt wirtschaftlich, wenn alle diese Menschen ihr fernblieben?

Für uns ist daher klar, dass die Behinderungspolitik gegenüber den Autofahrern wieder rückgängig gemacht werden muss.

Was das Radfahren betrifft, so muss diesbezüglich die Verkehrssicherheit im Mittelpunkt stehen - Radfahrer dürfen nicht zur Gefahr für Fußgänger werden oder erhöhte Unfallgefahren erzeugen. Die „Stadtrad- Stationen“ sind so zu errichten, dass dadurch keine Parkflächen oder Fahrstreifen in Anspruch genommen werden.

Betreffend den öffentlichen Verkehr sind die Iglar Bahn - samt Anbindung an die Innenstadt - und die Amraser Bahn zu erhalten.

Für die Verkehrssicherheit sind für Busse wieder durchgängig Busbuchten vorzusehen. Für alle Verkehrsteilnehmer ist ein funktionierender Winterdienst essentiell. Viele Unfälle könnten so ebenso wie wirtschaftliche Schäden vermieden werden.

>> Unser Weg für den Neustart:

- die Beseitigung unnötiger baulicher Hindernisse im Bereich von Straßen (künstliche Verengungen, etwa durch überdimensionierte Gehsteige; Verkehrsinseln bei einspurigen Straßen etc.)
- den Erhalt von Oberflächenparkplätzen
- eine weitgehende Rückgängigmachung des grünen Parkraumkonzeptes, insbesondere durch:
 - Gebührenfreies Parken während der ersten 30 Minuten
 - Abschaffung der Gebührenpflicht nach 19.00 Uhr
 - Wiedererrichtung gebührenfreier Kurzparkzonen jedoch unter Einführung von kostenlosen Parkzeitlimitierungen (kostenloser Parkzettel)
 - Absenkung der Gebühr von 70 Cent auf 50 Cent pro 30 Minuten Parkdauer
 - Gebührenfreies Parken zwischen 12.00 und 14.00 Uhr
 - Verlängerung der Höchstparkdauer auf 180 Minuten außerhalb der Innenstadt
 - Einführung von Jahresparkkarten auch für Pendler, ansässige Unternehmen und Pflegedienste

- Vergabe von Anwohnerparkkarten ohne Bezugnahme auf die Tiroler Bauordnung (300 Meter)
- die massive Überwachung des Radverkehrs, insbesondere betreffend Einhaltung von Fahrverboten, roten Ampeln und des Verbots des Fahrens auf Gehsteigen
- ein Fahrverbot für Radfahrer bei Schnee(matsch)fahrbahn oder vereister Fahrbahn
- Eine kostendeckende Neukonzeption des „Stadtrades“ und die Situierung der „Stadtradstationen“ ohne Parkflächen oder Fahrstreifen in Anspruch zu nehmen
- den Erhalt der tradierten Straßenbahnen nach Igls und Anbindung der Igler Bahn an die Innenstadt
- eine Reorganisation der IVB
- die Gewährleistung eines effektiven Winterdienstes durch massive personelle und materielle Aufstockung

Vereinswesen und Tradition

Innsbruck weist eine starke und wachsende Vereinsstruktur auf. Diese Strukturen sind wichtig, um in den jeweiligen Stadtteilen den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Es gilt vor allem, die Jugend frühzeitig einzubinden und ihnen das Vereinsleben näher zu bringen. Es braucht ein klares Bekenntnis zu den Vereinen und zur Tradition bzw. das Brauchtum von dem Innsbruck lebt.

>> Unser Weg für den Neustart:

- Abhaltung von Traditionstagen in Zusammenwirken mit dem Traditionsforum Tirol
- Stärkung des Innsbrucker Vereinslebens durch gezielte Maßnahmen zur Gewinnung von Vereinsnachwuchs (egal ob Sport, Feuerwehr, Traditionsvereine oder Musik)
- Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Ausstattungen wie Sportbekleidung, Musikinstrumente, Kostüme und Trachten
- Anpassung von Subventionen vor allem im Bereich der Brauchtumsförderung
- Einführung von z.B. Veranstaltungen wie einen Almagtrieb oder sonstiger Veranstaltungen, welche das Vereinsleben in Innsbruck widerspiegeln
- Besondere Förderung von Heimatvereinen und Traditionsverbänden

Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus

Dass Innsbruck eine Stadt mit vielen erfolgreichen Unternehmen ist, ist kein Verdienst der Politik – ganz im Gegenteil. Diverse Behinderungen des Wirtschaftslebens sind politischen Umständen geschuldet, so die hohe Abgabenlast (die allerdings nur teilweise in städtische Verantwortung fällt), das missglückte Parkraumkonzept, Blockaden bei Genehmigungsverfahren usw. Diese Behinderungen wollen wir beseitigen, denn nur eine florierende Wirtschaft schafft

Fortschritt für alle und die finanziellen Mittel, um auch öffentliche Infrastruktur und Leistungen bereitstellen zu können.

>> Unser Weg für den Neustart:

- eine zentrale Anlaufstelle im Rahmen von Behördenverfahren (One-Stop-Shop-Prinzip)
- verstärkte Maßnahmen zur wirtschaftlichen Belebung der peripheren Stadtteile
- ein nachhaltiges Betriebsansiedelungskonzept unter besonderer Forcierung von Produktions- und Technologiebetrieben
- Aktives Werben von Betrieben, um den Wirtschaftsstandort Innsbruck sicherzustellen
- Ein nachhaltiges und umfassendes Tourismuskonzept vor allem in den Nahmärkten
- Mehr finanzielle Mittel für die Wirtschafts- und Tourismusförderung
- Erhaltung des tradierten Bergsilvesters
- eine Reform der Parkraumbewirtschaftung (siehe Abschnitt „Verkehr“)
- Wiederbelebung des „Innsbrucker Stadtfestes“ sowie die Neukonzeptionierung von z.B. Almbetrieben, Faschingsumzügen und sonstiger Veranstaltungen
- Einbindung des Bergiselstadions in den Veranstaltungskalender der Stadt Innsbruck
- Unternehmer-Frühstück (Austausch zwischen Politik und Wirtschaftstreibenden, um mögliche Ideen umzusetzen und Probleme lösen zu können)
- Revitalisierung des Wirtschaftsstandortes (z.B. Innenstadt und Pradl)